Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 10

Artikel: National-Kommunismus und Weltpolitik
Autor: Dirksen, Herbert v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159776

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NATIONAL-KOMMUNISMUS UND WELTPOLITIK

VON HERBERT v. DIRKSEN

I.

Das Phänomen des im «Titoismus» erstmals verwirklichten Nationalkommunismus verdient eine eingehendere Prüfung und Beobachtung durch die Weltöffentlichkeit als die dramatische und wichtige Einzelerscheinung des Kampfes des Satelliten in Belgrad gegen den Oberherrn in Moskau. Schon heute erweist es sich, daß der von Tito vertretene Staatstyp des kommunistischen Staates auf nationaler Grundlage über das gesamte Gebiet des sowjetischen Ausdehnungsstrebens hin, teils als Offensiv-, teils als Defensiv-Waffe verwendet, eine überragende Rolle spielen wird.

Der Widerstand gegen die Moskauer Politik der völligen Aufsaugung der Satellitenstaaten in die Sowjetunion hat sich in jedem der davon betroffenen ost- und südost-europäischen Länder — Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, ja sogar Rumänien — zur Geltung gebracht. Die jetzt regierende Clique ist zwar bereit, die kommunistische Staatsform und die Oberherrschaft der Sowjetunion anzuerkennen, aber sie weigert sich, ihre Länder zur russischen Provinz herabsinken zu lassen, ihre Bauern zu Kolchos-Arbeitern zu degradieren und ihre Wirtschaft ganz auf die Bedürfnisse Moskaus auszurichten. Die für das Politbüro bedrohlichste Erscheinung dieser Rebellion ist die Tatsache, daß als ihre Träger nicht linksstehende Nationalisten auftreten, sondern die bisherigen Säulen der Komintern- und Kominform-Politik. In ihr ist Tito jahrzehntelang geschult gewesen. Dimitrow erschien der Kominform trotz seiner Abbitte so gefährlich, daß das Ableben des schwer zuckerkranken Mannes in einem russischen Sanatorium durch Entziehung von Insulin — wie die abtrünnige deutsche Kommunistin Ruth Fischer, die Schwester von Gerhard Eisler, ausplaudert — beschleunigt werden mußte. Für gleich unzuverlässig galt sein inzwischen längst verhafteter Nachfolger Kostow. In Albanien und Ungarn sind die Inhaber der Schlüsselstellungen der kommunistischen Partei, die Generalsekretäre, liquidiert worden oder stehen davor. Die Kominform hat sich nicht davor gescheut, in Budapest einen Schauprozeß in Szene zu setzen, in dem ein Mitglied der alten Garde, Rakosi, ein anderes, Rajk, be-

schuldigt, mit einem dritten, Tito, darüber konspiriert zu haben, einen Bruderstaat, Ungarn, zu überfallen und dessen Leiter zu ermorden. Wie groß müssen die Schwierigkeiten Moskaus sein, wenn es solche Blamagen auf sich nimmt! In Polen und in der Tschechoslowakei herrscht dieselbe Grundstimmung vor. Aber während in der Tschechoslowakei das Feuer noch unter Tage glimmt, werden offene Flammen an einzelnen Stellen in Polen sichtbar. Dem vor einem Jahr ausgeschalteten Vizepremier Gomulka sind jetzt drei Unterstaatssekretäre gefolgt; der bisherige Oberbefehlshaber Marschall Zymierki hat gegen eine Moskauer «Anregung», polnische Truppen zum Guerilla-Kampf in Griechenland auszubilden, opponiert. Gegen diese nationalkommunistischen Fäulnisherde geht jetzt das Politbüro mit der Pferdekur vor, den Sowjetmarschall Rokossowski, der mit seiner Armee im Herbst 1944 Gewehr bei Fuß im Warschauer Vorort Praga stand, während der Aufstand in Warschau von den deutschen Truppen niedergeschlagen wurde, wie einen zaristischen Generalgouverneur zum polnischen Oberbefehlshaber und Kriegsminister zu ernennen. Es muß schon weit gekommen sein, wenn die Sowjetunion diese tödliche Kränkung des polnischen Nationalstolzes in Kauf nimmt, um ihren Willen in Polen durchzusetzen.

II.

Die Frage liegt nahe, warum das Politbüro, das doch sonst so vielgewandt in der Erweiterung seines Herrschaftsbereichs durch Einfügung fremder Bestandteile ist, im südost- und ost-europäischen Raum mit dem Kopf durch die Wand will und sich nicht mit einer entgegenkommenden Übergangslösung begnügt. Man könnte die Antwort in der Tatsache finden, daß auch klug geleitete Diktaturen manchmal aus diktatorischer Verbohrtheit Amok laufen. Aber so einfach scheinen die Dinge in Moskau nicht zu liegen.

Auch die Sowjetunion muß sich mit dem Problem des nationalen Kommunismus auseinandersetzen. Stalin hat dieses Gespenst selbst heraufbeschworen, um im Kriege alle Kräfte des Landes zur Niederwerfung des deutschen Angreifers zu mobilisieren. Nun wird er die Geister, die er heraufbeschwor, nicht wieder los. Schon Marschall Schukow — auch diese Enthüllung verdanken wir Ruth Fischer — machte nach Kriegsende den Vorschlag, verdiente Rotarmisten mit Bauernstellen auszustatten; er mußte wegen dieser Ketzerei auf ein Seitengeleise geschoben werden. Die durch Schdanow vorgenommene rücksichtslose Zerschneidung aller geistigen Verbindungen zum Westen und die herostratische Inanspruchnahme aller technischen und geistigen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts für den russischen Genius lief auf eine Überbetonung des russischen Na-

tionalismus heraus, selbst wenn diese Aktionen mit anders gerichteter Zielsetzung unternommen worden sein mögen.

Daß seit geraumer Zeit in den höchsten Sphären der Moskauer Partei ein erbitterter ideologischer Kampf tobt, war dem Beobachter sowjetischer Innenpolitik schon seit der Auseinandersetzung zwischen dem bekannten sowjetischen Wirtschaftstheoretiker, Professor Varga, und dem Leiter des Fünfjahresplanes und Mitglied des Politbüros, Wosnessenski, klar. Niemals hätte Varga die von ihm verkündeten Irrlehren über die Krise des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus auch ohne Weltrevolution überlebt, wenn er nicht durch eine einflußreiche Gruppe ebenso ketzerisch eingestellter Männer gedeckt gewesen wäre. Und wenn er auch hat Abbitte tun müssen, so lebt er noch und hat seinen Gegner Wosnessenski aus dem Sattel gehoben. Die Feststellung Ruth Fischers, daß hinter Varga eine Gruppe von opponierenden Generalen, Wirtschaftsführern und Politikern stehe, und daß diese Gruppe die rücksichtslose Gleichschaltungspolitik Schdanows und Molotows bekämpfe, hat daher viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Das Vorhandensein solcher Strömungen in Moskau würde auch die widerspruchsvolle Balkan-Politik des Kreml erklären. Das Umsichgreifen nationalistischer Strömungen in der Zentrale des Sowjetreiches könnte zwei verschiedene Wirkungen auslösen: einesteils ein Wiederaufleben der alten zaristischen Politik einer Beherrschung der Balkanstaaten einschließlich Polens und der Tschechoslowakei; anderseits ein größeres Verständnis für die Belassung eines gewissen nationalen Eigenlebens in den Satellitenstaaten. Nach außen hin hat bisher die zentralistische Richtung, möge sie auf der bolschewistischen Orthodoxie oder auf dem großrussischen Nationalismus beruhen, den Sieg davongetragen.

Daß ein Nachgeben in der Zwangskollektivierung der Balkan-Bauern für einen Sowjetstaat nicht möglich ist, der die gleiche Maßnahme seinen eigenen widerstrebenden russischen Bauern aufzwingt, leuchtet ohne weiteres ein.

Setzt sich also Tito auf die Dauer durch, so muß das gesamte, vom Politbüro in Ost- und Südost-Europa errichtete Gebäude in den Fugen krachen.

III.

Das Problem des nationalen Kommunismus spielt aber auch in dem anderen Ausdehnungsraum soljetischer Außenpolitik, in Ost- und Südost-Asien, die gleiche ausschlaggebende Rolle. Auch hier wirkt es keineswegs als eine ausschließlich zugunsten oder ausschließlich zuungunsten Moskaus brauchbare Waffe, sondern als ein Faktor,

dessen spezifisches Gewicht sich nach der allgemeinen weltpolitischen Lage des betreffenden Gebietes richtet.

Die Frage, ob Mao Tse-Tung sich zu einem zweiten Tito entwickeln wird, beschäftigt die Weltöffentlichkeit seit Monaten. Ohne Prophetengabe kann man trotz aller «Linientreue» der chinesischen Kommunisten einen wachsenden Gegensatz zwischen ihnen und dem Politbüro voraussagen, sobald sich das Regime in China gefestigt hat. Aus wirtschaftlichen und allgemein nationalen Erwägungen ist es undenkbar, daß eine chinesische Regierung, welcher Art sie auch sei, sich mit der Abtrennung der Mandschurei vom chinesischen Volkskörper und mit der Überantwortung der chinesischen Häfen Dairen und Port Arthur an Rußland abfinden wird. Diese Feststellung würde auch für den Fall zutreffen, daß der bisherige Zustand in Geltung bliebe, wie er durch den chinesisch-russischen Vertrag vom August 1945 herbeigeführt wurde. Diese Regelung wurde bekanntlich Tschiang Kai-Schek durch die westlichen Alliierten aufgedrängt.

Aber die Sowjetunion hat sich mit der wenn auch nicht de jure, so doch de facto auszuübenden Herrschaft über die Mandschurei nicht begnügt. In den letzten Monaten ist sie dazu übergegangen, die Mandschurei auch formell vom Reich der Mitte abzutrennen. Das hierfür eingeschlagene Verfahren bewegte sich in den im Sowjetbereich üblichen Bahnen: Bildung einer mandschurischen Handelsdelegation zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Moskau; Einberufung einer repräsentativen Versammlung der «Drei nordöstlichen Provinzen» zur Anberaumung allgemeiner Wahlen und Forderung einer Autonomie nach Art derjenigen der Äußeren Mongolei, die nur ein gehorsames Werkzeug Moskaus ist.

Auch hier drängt sich die Frage auf, warum der Kreml seine Hand in China so überspielt, statt sich mit einem kommunistischen, wenn auch nationalempfindenden Satelliten zufrieden zu geben. Daß die Annexionisten in Moskau jetzt zugreifen, ist nicht verwunderlich: Tschiang Kai-Schek ist auch in der Mandschurei kein Machtfaktor mehr; die Kommunisten haben alle Hände voll mit anderen Aufgaben zu tun; und die Vereinigten Staaten stehen abwartend beiseite. Schwer begreiflich ist nur, *daß* die Annexionisten in Moskau sich haben durchsetzen können und die Sowjetunion in absehbarer Zeit in einen Gegensatz zu Rot-China hineintreiben werden. Auch dies ein Beweis für die Dekadenz der Moskauer Außenpolitik.

IV.

Während der National-Kommunismus sich in China erst in längerer Zeit auswirken wird, stellt er für Südostasien eine sofort gebrauchsfertige Waffe dar. Und zwar sowohl für Moskau wie für

Rot-China. Die in Frage kommenden Länder: Indochina, Siam, Malaya, Indonesien, Burma sind für die Kombination eines extremen Nationalismus und der umstürzlerischen Lehren des Kommunismus besonders anfällig — aus verschiedenen Gründen und in verschiedenem Umfang. Teils wollen sie sich aus den Verstrickungen der Reste europäischer Kolonialherrschaft lösen, wie Indochina, Indonesien und Malaya; teils haben sie die kürzlich gewonnene Selbständigkeit noch nicht gegen umstürzlerische Bewegungen festigen können, wie Burma; teils ist ihre Widerstandskraft gegen Fünfte Kolonnen im Ernstfall fraglich, wie Siam. Alle diese Länder sind aber durch gefährliche und entschlossene, schon ansässige Fünfte Kolonnen in Gestalt der starken chinesischen Kolonien bedroht, selbst wenn man die Möglichkeit eines Eingriffs von Truppenteilen Mao Tse-Tungs an den inzwischen erreichten Grenzen ausschalten will.

In diesen Ländern werden sowohl die Sowjetunion wie Rot-China die vorhandenen nationalistischen Tendenzen zur Herbeiführung eines Umsturzes benutzen. Aber mit der Erreichung dieses Zieles dürfte sich die weitere Zielsetzung der beiden Partner verändern. Während dem Politbüro an der Verdrängung der Westmächte aus diesem Rohstoff-Reservoirs der Weltwirtschaft und ihrer Erschließung für die eigenen wirtschaftlichen Zwecke gelegen ist, will Rot-China dort dauernd Fuß fassen. Dieses Endergebnis entspricht nun keineswegs den Wünschen der nationalistischen Strömungen in diesen Ländern. Sie wollen den bisherigen Zwingherrn nicht gegen einen chinesischen eintauschen. Einer klugen und vorausschauenden Politik, wie sie ja durch den berühmten Punkt 4 von Präsident Trumans Programm für die in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete vorgesehen ist, bieten sich hier immer noch Möglichkeiten, die heranrollende rote Flut einzudämmen.

V.

Daß die Erweckung national-kommunistischer Tendenzen für die Kominform eine bevorzugte Waffe im Kampf um die Gewinnung von Einfluß in ganz Deutschland ist, wissen wir aus der Praxis der sowjetischen Besatzungsbehörden und der Gründung der «Nationaldemokratischen Partei». Auch bei der Errichtung des Ostdeutschen Staates steht diese Absicht im Vordergrund. Die Amnestierung der ehemaligen Nazis und der Appell an ihre Mitarbeit beweisen das zur Genüge. Dafür, daß die auf diese Art freigemachten nationalistischen Kräfte auf die Mühlen des Kommunismus geleitet werden, wird der ehemalige General Vincenz Müller mit seinen Kollegen vom Komitee «Freies Deutschland» schon sorgen.

Angesichts der national-kommunistischen Bewegungen, durch die in den ost- und südosteuropäischen Ländern die Politik Moskaus so

schwer gefährdet ist, muß es überraschen, daß der Kreml sich aus freien Stücken in Deutschland eine Zuchtrute bindet, die um so gefährlicher wird, je vollkommener dem Politbüro die Eingliederung der Sowjetzone, oder noch besser die ganz Deutschlands, in den Sowjetbereich gelingt. Denn daß der Nationalkommunismus keineswegs ein nur in sowjetischen Treibhäusern getriebenes Pflänzchen ist, sondern auch in normaler Temperatur gedeiht, beweist eine parallele Bewegung in den Westsektoren Berlins; hier hat der ehemalige Kommunist Scholz im Namen seiner angeblich 16 000 vorläufig noch im Geheimen tätigen Anhänger ein Ergebenheits-Telegramm an Tito gerichtet.

Vielleicht mag sich das Politbüro in der Illusion wiegen, derartige nationalistische Bewegungen zurückpfeifen zu können, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben. Aber nicht nur in dem Gedicht Goethes hat der Zauberlehrling Kräfte entfesselt, über die er die Gewalt verlor.

DAS DRINGLICHKEITS- UND NOTRECHT IN NEUEM GEWANDE

Zur Auslegung des neuen Art. 89 bis der Bundesverfassung

VON LEO SCHURMANN

Unmittelbar nach der für viele unerwarteten Annahme des ersten Volksbegehrens betr. Rückkehr zur direkten Demokratie setzte die Diskussion über die Bedeutung und rechtliche Tragweite des neuen Verfassungsartikels ein. Die Räte hatten sich anläßlich der Beschlußfassung für eine Übergangsordnung der Bundesfinanzen gleich praktisch mit der Frage abzugeben, und es sind dabei Auffassungen vertreten worden, die so ziemlich das Gegenteil dessen besagen, was die Initianten des Volksbegehrens mit ihrer Aktion meinten und bezweckten.

Der neue Art. 89 bis, der mit der Erwahrung des Abstimmungsergebnisses durch die Bundesversammlung am 28. Oktober 1949 in Kraft getreten ist, bringt gegenüber dem bisherigen, erst im Jahre 1939 revidierten Art. 89, Abs. 3 zwei Neuerungen:

1. Er führt das Referendum für *dringliche Bundesbeschlüsse* ein, und
2. er enthält eine *Regelung für das sogenannte Notrecht.*